

Betrifft: **Forderungen für Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit in Österreich**

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Im Namen der Grünen darf ich mich ganz herzlich für die Initiative für Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit in Österreich bedanken! Der zivilgesellschaftliche Sektor ist sowohl Herz als auch Rückgrat unseres Landes. Zehntausende Freiwillige und gemeinnützige Organisationen leisten jeden Tag entscheidende Beiträge für unsere Gesellschaft in ganz unterschiedlichen Bereichen: egal ob freiwillige Sanitäter, Bergretter*in, Umweltschützer*innen, Feuerwehrleute, Flüchtlingsbetreuer*innen oder in der Wohnungslosenhilfe. Sie alle stiften ohne Profitstreben und frei von Eigeninteressen einen großen Nutzen für uns alle. Ihr Einsatz ist im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar.

Zivilgesellschaftliche Organisationen erfüllen aber auch eine wichtige Kontrollfunktion. Sie zeigen öffentlich Missstände auf und entwerfen Lösungsvorschläge für die großen Probleme unserer Zeit.

Neben unserem Dank und unserer Wertschätzung braucht der Sektor aber gute politische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren in Österreich leider massiv verschlechtert. Anerkannte zivilgesellschaftliche Organisationen wurden von Regierungspolitiker*innen wiederholt mit Unterstellung von Profitinteressen diffamiert oder eingeschüchtert, Fördergelder gekürzt oder ganz gestrichen. Gerade unter der türkis-blauen Bundesregierung verschlechterten sich die Rahmenbedingungen des gemeinnützigen Sektors erheblich. Der im April 2019 im Palais Epstein vorgestellte "Civil Society Index" bestätigte diesen Befund:

“Die Veränderungen ergeben in ihrer Gesamtheit ein klares Muster: Sie entsprechen den aus der Literatur bekannten Prozessen der Entwicklung autoritärer Regierungen. Österreich ist zwar eine grundsätzlich liberale Demokratie mit gut ausgeprägten Grundrechten, es gibt aber klar beobachtbare Tendenzen, das kritische Potenzial der Zivilgesellschaft sowie ihre Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen einzuschränken. Politisch motivierte Finanzierungsentscheidungen hat es immer gegeben, ebenso unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf erwünschte Partizipation sowie inhaltliche Konflikte zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Die Politik des systematischen Zurückdrängens von Widerspruch, Protest und Vielfalt durch unterschiedlichste, ineinandergreifende Maßnahmen, widerspricht allerdings der österreichischen Tradition. Sie ist Ausdruck einer zunehmend autoritären, rechtspopulistischen Politik.”

Bei einer Neuauflage der türkis-blauen Bundesregierung droht eine weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen und Freiwillige. Die Grünen stehen auf der Seite der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Freiwilligenarbeit in Österreich und unterstützen daher die zehn Forderungen Ihrer Initiative.

Zu Ihren 10 Forderungen nehme ich wie folgt Stellung:

1. **Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Organisationen als „fünfte Säule der Demokratie“ und Verbesserung der Datenbasis über den Sektor.**
Jede Partei soll eine Sprecherin oder einen Sprecher für Zivilgesellschaft und

Freiwilligenarbeit nominieren. Die Bundesregierung hat einen jährlichen Bericht über die Beschaffenheit und die Wirkungen des gesamten Sektors zu verfassen, der in einer öffentlichen Sitzung gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft diskutiert wird.

Durch den Beschluss eines Bundesverfassungsgesetzes Zivilgesellschaft sollen zivilgesellschaftliche Organisationen und ihr Engagement in den verschiedensten Bereichen wie Menschenrechte, Umwelt und Soziales mehr öffentliche Unterstützung, insbesondere auch finanzieller Art, erhalten.

2. Förderung des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements und Verbesserung der diesbezüglichen ökonomischen Rahmenbedingungen.

Wir Grüne wollen ein Freiwilligengesetz, das faire Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit, etwa durch eine verlässliche Absicherung gegen Unfälle oder Verdienstentgang, schaffen soll.

3. Aktiver Dialog und respektvoller Umgang mit Nichtregierungsorganisationen in der politischen Debatte sowie Dialog auf Augenhöhe.

Der Umgang der türkis-blauen Bundesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft war inakzeptabel. Inhaltliche Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft wurde wiederholt mit Herabwürdigung und Diffamierung beantwortet. Die Organisationen würden ihre Tätigkeiten nur aus Profitstreben ausführen - und nicht im Sinne des Gemeinwohls. Das war das abwertende Narrativ von Türkis-Blau. Kritik sei Teil ihres "Geschäftsmodells", war oft von blauen und türkisen MinisterInnen zu hören - bei Organisationen, die nach Gesetz gar keinen Gewinn machen können! Diesem zivilgesellschaftsfeindlichen Diskurs werden wir mit aller Kraft entgegentreten.

4. Garantie der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie des Vereins- und Demonstrationsrechts.

Zivilgesellschaftliches Engagement braucht besseren Rechtsschutz im Versammlungsrecht statt Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, wie sie in den letzten beiden Jahren beschlossen wurden.

5. Erhalt der Finanzierungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Fundraisingbedingungen und Gemeinnützigkeitsbestimmung bleiben gewahrt. Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit auf Tierschutzorganisationen.

Fundraisingbedingungen und Gemeinnützigkeitsbestimmungen werden nicht angetastet. Auch Spenden für Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen, die keine Tierheime betreiben, sollen steuerlich absetzbar sein.

6. Stärkung der Mitwirkungsrechte bzw. Parteienstellung von bürger- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in einschlägigen Verfahren wie etwa Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie in Kommissionen oder Beiräten.

Gerade im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung hat die türkis-blaue Bundesregierung ihre Abneigung gegenüber der Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen offengelegt. Der Vorschlag der Regierung zum Standortentwicklungsgesetz hätte Mitwirkungsrechte mit einem Gehemigungsautomatismus für Großprojekte de-facto abgeschafft. Ein Vorschlag zum UVP-Gesetz hatte zum Ziel gehabt, Umweltorganisationen durch Offenlegung

ihrer Mitglieder-Daten einzuschüchtern und sie aus Umweltverfahren hinauszudrängen.

Statt einem anti-Europäischen Rückfall in die Umweltpolitik der 1970er Jahre stehen wir für die vollständige Umsetzung der Aarhus-Konvention und der UVP-Richtlinie zur Beteiligung von Umweltschutzorganisationen an Umweltverfahren.

- 7. Geordnete und faire parlamentarische Abläufe wie etwa ausreichende Begutachtungsfristen bei Gesetzen und somit Einbeziehung der Kompetenzen der BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem jeweiligen Bereich.**

Einhaltung der vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts wiederholt eingeforderten Frist für Begutachtung von mindestens sechs Wochen für Regierungsvorlagen. Das Problem der Umgehung von Begutachtungen durch Initiativanträge der Regierungsfractionen oder umfassende und kurzfristige Abänderungsanträge in letzter Sekunde wie beispielsweise bei der UVP-Novelle 2018 ist uns bewusst und bedarf einer Lösung.

Öffentlichkeit für alle Ausschüsse im Parlament. Bisher finden alle Diskussionen in den Fachausschüssen des Parlaments hinter verschlossenen Türen statt - Bild- und Tonaufnahmen, BesucherInnen oder JournalistInnen sind in der Regel verboten. Die Zivilgesellschaft hat aber - so wie das im EU-Parlament gängige Praxis ist - ein Recht darauf zu erfahren, wie über sachpolitische Inhalte diskutiert wird. Das heißt: offene Türen und live-Stream, Geheimhaltung nur in begründeten Einzelfällen.

- 8. Stärkung des Datenschutzes und der Privatsphäre, Evaluierung und Rückbau überbordender Überwachungsmaßnahmen von Privatpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im öffentlichen Raum sowie im Internet, wie etwa Bundestrojaner oder Vorratsdatenspeicherung.**

*Wir Grüne haben von Anfang an – in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – gegen die Vorratsdatenspeicherung Stellung bezogen. Durch eine gemeinsame Klage mit dem AK Vorrat konnte die Vorratsdatenspeicherung zu Fall gebracht werden. Wir engagieren uns weiter gegen jede Form von anlassloser Massenüberwachung. Das Überwachungspaket der türkis-blauen Regierung gehört dringend evaluiert – es schafft keine zusätzliche Sicherheit, sondern stellt eine überbordende Überwachung der Bürger*innen dar.*

- 9. Abschaffung des Amtsgeheimnisses und Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes gemäß internationaler Standards, etwa mit einem Grundrecht auf Zugang zu Information und Dokumenten staatlicher Stellen sowie einer umfassenden Informationspflicht der Behörden).**

Transparente Verwaltung statt geheimer Schredderpolitik. Gerade unter der türkis-blauen Regierung sind von Steuergeld bezahlte Stellungnahmen und Studien unter Verschluss gehalten worden. Daher: Abschaffung des Amtsgeheimnisses und Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes. Wir fordern den gläsernen Staat, nicht den gläsernen Bürger.

- 10. Maßnahmen zur Stärkung der unabhängigen Medienlandschaft und wissenschaftlicher Institutionen. Der Zugang zu wissenschaftlich fundierter Information und der Verbreitung durch unabhängige Medien ist Grundlage für**

eine informierte öffentliche Debatte.

*Eine zeitgemäße Medienförderung setzt auf Transparenz, Qualität und Vielfalt und fördert nicht nur Printmedien, sondern auch digitale. Insbesondere sollen Neugründungen von Medien sowie die Aus- und Weiterbildung von Journalist*innen gefördert werden. Der Beitritt zum Presserat als Förderbedingung für alle Medien soll sicherstellen, dass für Hass und Hetze kein Platz ist.*

Bekanntnis zu einem politisch unabhängigen und durch Gebühren finanzierten öffentlichen rechtlichen Rundfunk. Die Pläne für eine "Orbanisierung" der Medienlandschaft mit einem "Staatsfunk" wurden durch den Ibiza-Skandal vorerst verhindert. Die Politik hat weder über finanzielle Drohpotenziale (wie das insbesondere bei einer Finanzierung aus dem laufenden Bundeshaushalt der Fall wäre) noch auf die Berichterstattung Druck auszuüben. Postenbesetzungen haben streng nach Qualifikation und nicht dank parteipolitischer Seilschaften zu erfolgen. Dazu muss insbesondere der Stiftungsrat und auch der Publikumsrat vom Einfluss der Parteien befreit und als ein sich selbst erneuerndes Gremium reformiert werden. Der Publikumsrat muss in seinen Rechten gestärkt werden und tatsächlich alle gesellschaftlichen Gruppen repräsentieren.

Eine kritische Zivilgesellschaft benötigt eine umfangreiche Datengrundlage für ihre Arbeit. Institutionen wie die Statistik Austria müssen daher weiterhin ohne politische Einflussnahme arbeiten können. Eine Anbindung an das Büro des Kanzleramts - wie von der letzten Bundesregierung angestrebt - lehnen wir ab.

Mit freundlichen Grüßen,



Lukas Hammer

Spitzenkandidat der Grünen in Wien für die Nationalratswahlen 2019